

Europa-Manifest der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) (23. Mai 1988)

Legende: Am 23. Mai 1988 veröffentlicht die Österreichische Volkspartei (ÖVP) ein Europa-Manifest, in dem sie die europäische Bestimmung Österreichs betont und für den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften plädiert.

Quelle: MOSER, Bernhard (Hrsg.). Unser Weg in die Europäische Gemeinschaft. Wien: Politische Akademie, Juli 1988. (Reihe "Standpunkte", Band 13).

Urheberrecht: (c) Politische Akademie der ÖVP

URL: http://www.cvce.eu/obj/europa_manifest_der_osterreichischen_volkspartei_ovp_23_mai_1988-de-30e56e53-2fcb-4ab7-b33d-0fc096b757e1.html

Publication date: 04/09/2012

Europamanifest der ÖVP (23. Mai 1988)

Präambel

Österreich ist eines der Kernländer Europas, war jahrhundertlang eine weltgestaltende europäische Großmacht. Österreich kann auch in Zukunft einen unverwechselbaren Beitrag zu einem unverwechselbaren Europa leisten.

Neben dem Europa des einheitlichen Marktes wird es auch das Europa der kulturellen Vielfalt geben müssen, wenn es seine Identität bewahren will.

Europa ist eine kulturelle, geschichtliche, wirtschaftliche Größe, ist Ausdruck einer Lebensform. Österreichs Vergangenheit war Europa, Österreichs Zukunft liegt in Europa.

Wie Europa auf Österreich nicht verzichten kann, kann aber auch Österreich nicht darauf verzichten, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein.

Österreich wird sich in der Zukunft als Nation, als Kulturraum, als Volkswirtschaft, als Gemeinschaft der Österreicher durch Mitgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft besser verwirklichen können.

Das gemeinsame Europa bedeutet mehr Freiheit und mehr Chancen für seine Bürger. Auch wenn wir sehen, daß der Integrationsprozeß manchmal nur mühsam voranschreitet, wollen wir nicht Zuschauer bleiben, sondern am Ausbau des europäischen Freiheitsraumes mitwirken.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft kann seine traditionelle Rolle im Donaauraum langfristig sichern. Diese Rolle Österreichs im Entspannungsprozeß, bei der Begegnung und Zusammenarbeit kann so zum Nutzen der Europäischen Gemeinschaft und des größeren Europa noch fruchtbarer werden.

Das Werk der europäischen Integration ist ein Friedenswerk: Staaten, die über Jahrhunderte immer wieder in europäische Bruderkriege verstrickt waren, sind heute im Frieden vereint. An dieser Zunahme von Frieden und Stabilität, die von Christdemokraten wie Schuman, Adenauer und DeGasperi herbeigeführt wurde, hat Österreich ein vitales Interesse. Sein Beitrag zu diesem Friedenswerk ist seine immerwährende Neutralität. Damit hat es auch ein Interesse am Ausbau der europäischen Friedensordnung, in der seine immerwährende Neutralität auch in Zukunft ihre Friedenswirkung erzielen kann.

Die Österreichische Volkspartei hat sich zum Ziel gesetzt, Österreich in das Europa der Zukunft zu führen. Vizekanzler Dr. Alois Mock hat am 1. Dezember 1987 im Ministerrat den Beschluß herbeigeführt, daß Österreich die Option eines Beitrittes zur Europäischen Gemeinschaft für sich öffnet und zwar unter voller Wahrung unserer immerwährenden Neutralität. Als Europapartei versteht sich die ÖVP als Motor der österreichischen Europapolitik und hat diesem Ziel durch ihre Beschlüsse in Maria Plain am 7. Jänner 1988 Priorität eingeräumt.

Heute geht es darum, die Diskussionsphase über die Beitrittsfrage zu beenden und Entscheidungen zu treffen.

Die maßgebenden gesellschaftlichen Kräfte Österreichs haben sich für einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Es liegt nun an Österreich selbst, durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft und der verstärkten Leistung und Konkurrenzfähigkeit unser Land für den Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum reif zu machen. Wir müssen das gesellschaftliche Klima in Österreich, ebenso aber auch sein internationales Umfeld aufbereiten, um das Ziel zu erreichen: die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft unter gleichzeitiger voller Aufrechterhaltung seiner immerwährenden Neutralität.

Österreich kann mit Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen den entscheidenden Schritt in das Europa der

Zukunft setzen. Die Österreichische Volkspartei fordert deshalb die Bundesregierung auf, bereits im nächsten Jahr den Antrag auf Mitgliedschaft an die Europäische Gemeinschaft zu richten. 1989 muß Österreich den historischen Schritt setzen, der unserem Land die europäische Dimension und eine neue Basis für unsere Zukunft eröffnet.

Die Friedensfunktion der Neutralität

Die Friedensfunktion unserer immerwährenden Neutralität war nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung, sondern sie wird auch in Zukunft die internationale Stellung Österreichs stärken und von gesamteuropäischem Interesse sein.

Ein Konflikt zwischen militärischen Pflichten des immerwährend Neutralen und den Rechten und Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft ist nicht zu erwarten, denn der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bedeutet nicht den Eintritt in ein militärisches Bündnis: Das wurde durch die "Einheitliche Europäische Akte" klar herausgestellt. Nur wirtschaftliche und politische Aspekte der Sicherheit werden im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft beraten. Dort gilt das Prinzip der Einstimmigkeit.

Es ist dem immerwährend Neutrale also möglich, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein und gleichzeitig seine immerwährende Neutralität zu beachten. Österreich strebt daher eine Mitgliedschaft ohne Einschränkung an.

Österreichs Rolle im Donaauraum

Außenpolitisch besteht für Österreich die Chance, seine bewährte Nachbarschaftspolitik tief in den Donaauraum hinein auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft weiter auszubauen. Als gleichwertiger Partner kann Österreich in allen auf gesamteuropäischer Ebene stattfindenden Verhandlungen stärker als bisher seine Position der guten Dienste in Ost-West-Fragen einbringen.

Die traditionelle Rolle Österreichs im Donaauraum aufgrund seiner Geschichte und geographischen Lage wird gestartet durch die gegenwärtigen Bemühungen des COMECON und seiner Mitgliedstaaten um eine Annäherung an die Europäische Gemeinschaft. Österreichs bewährte Nachbarschaftspolitik kann daher in den Ost-West-Beziehungen in dieser Hinsicht in Zukunft eine zusätzliche Dimension wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit bewirken.

Österreich bringt seine geopolitische Lage als Vorzug in die Verhandlungen um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft ein. Die österreichischen Bemühungen um eine EG-Mitgliedschaft liegen daher im Interesse der gesamten Region und Interesse aller Staaten dieser Region. Für die Europäische Gemeinschaft selbst bedeutet die Mitgliedschaft Österreichs eine Stärkung, auch in ihren gesamteuropäischen Bezügen.

Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt

Derzeit wird die Weltwirtschaft von den drei großen Wirtschaftsräumen EG, USA und Japan beherrscht. Insgesamt leben in ihnen 685 Millionen Menschen, 47% davon alleine im EG-Raum.

Die volle und aktive Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik der ÖVP, da Österreich andernfalls von der europäischen Wirtschaftsentwicklung ausgegrenzt und abgekoppelt werden würde.

Die Europäische Gemeinschaft versteht sich als wirtschaftliche Solidaritätsgemeinschaft und gibt den in ihr zusammengeschlossenen Staaten ein nicht zu unterschätzendes Maß an Sicherheit.

Die durch das Binnenmarktkonzept erwartete Wachstumsdynamik eröffnet für Österreichs Wirtschaft und

für den einzelnen Bürger neue Zukunftschancen. Die volle Teilnahme am Konzept des "freien Warenverkehrs", des "freien Personenverkehrs", des "freien Dienstleistungsverkehrs" und des "freien Kapitalverkehrs" macht Anpassungen auf gesetzlicher und wirtschaftlicher Ebene notwendig und bringt insgesamt Vorteile für Österreich.

Das Ziel des freien Warenverkehrs führt zu einer Zollunion, was den Abbau sämtlicher Zölle und mengenmäßiger Beschränkungen zwischen den Mitgliedsstaaten, sowie die Festsetzung eines gemeinsamen Außenzolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Nichtmitgliedsstaaten voraussetzt.

Die Warenkontrollen an den Grenzen und die komplizierten Ursprungsregeln innerhalb der EG werden abgeschafft, komplizierte Vorschriften fallen, wodurch bedeutende Kosten eingespart und administrative Belastungen entfallen werden.

Die geplante Harmonisierung der indirekten Besteuerung macht es insbesondere notwendig, eine Anpassung im Bereich der Mehrwertsteuersätze auf die Bandbreite von 14 bis 20% für den Normalsatz und 4 bis 9% für den ermäßigten Satz vorzunehmen. Die Budgetsanierung ist daher eine wesentliche Vorbedingung für den EG-Beitritt Österreichs.

Die angestrebte Liberalisierung im Bereich der öffentlichen Aufträge wird für die österreichische Wirtschaft im Inland zwar verstärkten Wettbewerb bedeuten, gleichzeitig aber neue Marktchancen in den anderen EG-Ländern eröffnen. Mit einer aktiven, auf mehr Spezialisierung ausgerichteten Strategie der österreichischen Wirtschaft werden Möglichkeiten für eine Teilnahme an den großen europäischen Bau- und Infrastrukturprojekten geschaffen. Das Einsparungspotential durch Neuregelung des öffentlichen Auftragswesens wird von der EG aufgrund des verbesserten Wettbewerbes auf 560 Milliarden geschätzt.

Die Freiheit des Personenverkehrs umfaßt eine Summe von Maßnahmen, die allesamt den einzelnen Staatsbürgern greifbare, praktische Vorteile im Alltagsleben verschaffen. Der Entfall der Paßkontrollen an den Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und Italien ist nur ein Beispiel dafür.

Die im einheitlichen EG-Markt bestehende Niederlassungsfreiheit und der freie Dienstleistungsverkehr müssen zu Anpassungen führen. Bestehende Diskriminierungen für österreichische Staatsangehörige, vor allem bei Arbeitsaufnahme in EG-Ländern und der Anerkennung österreichischer Diplome, werden wegfallen. Gleichzeitig ergibt sich als schlüssige Notwendigkeit, den im Ausland lebenden Österreichern das Wahlrecht einzuräumen.

Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit ist die österreichische Rechtslage schon derzeit weitgehend EG-kompatibel. Die Übernahme der bestehenden EG-Verordnungen würde in Detailbereichen sogar zu einer gewissen Besserstellung der hievon erfaßten Personen gegenüber den derzeit bestehenden zwischenstaatlichen Regelungen führen.

Im Bereich des EG-Güterverkehrs kommt Österreich als Transitland eine Schlüsselrolle zu. Österreich ist gefordert, bei der Bereitstellung einer kostengünstigen und leistungsstarken Schienenalternative mitzuwirken, um eine Verlagerung des Frachtaufkommens von der Straße auf die Schiene zu erzielen.

Für Österreichs Fremdenverkehrswirtschaft ist die Einbindung in die EG von besonderer Bedeutung, um bei allen künftigen Maßnahmen zur Förderung des grenzüberschreitenden Tourismus Wettbewerbsnachteile zu verhindern.

Im Bereich des freien Kapitalverkehrs steht Österreich hinsichtlich seiner gesetzlicher Regelungen derzeit auf einer Stufe mit den Gemeinschaftsländern mit dem geringsten Liberalisierungsgrad. Die gesetzliche Liberalisierung wird zu verschärftem Wettbewerb, vor allem im Bereich des Bank- und Versicherungswesens führen, der sowohl für die Kreditnehmer als auch für die Sparer, Anleger und Versicherten Vorteile bringen wird.

Der Grundsatz des fairen Wettbewerbs in der EG verlangt von den EG-Mitgliedstaaten auf der einen Seite

eine nationale Subventionsdisziplin, eröffnet aber auf der anderen Seite den Zugang zu den Finanzierungsinstrumenten der Gemeinschaft im Rahmen der Strukturpolitik. Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik muß Österreich die Europareife auch in jenen Unternehmen erreichen, die bisher von staatlichen Subventionen abhängig waren. Für die Landwirtschaft, die regionale Entwicklung, für die Verkehrsinfrastruktur, Umweltmaßnahmen oder aber für Forschung und Innovation stellt die EG Mittel bereit, in deren Genuß auch Österreich als Ausgleich für die strengere Beihilfendisziplin kommen kann.

Die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft sichern

Ein EG-Beitritt Österreichs wird für die Landwirtschaft mit weitreichenden Auswirkungen und Veränderungen verbunden sein. Die Öffnung des großen europäischen Marktes bedeutet Chancen für den Absatz österreichischer Agrarprodukte, führt aber gleichzeitig zu einem stärkeren Wettbewerb für die heimische Agrarwirtschaft.

Für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft ist eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Betriebe und die Absicherung der bäuerlichen Familienbetriebe notwendig.

Der Einstieg in neue Verwertungsmöglichkeiten von Agrarprodukten für Energie und als Industrierohstoffe, die Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten, etwa im Fremdenverkehr oder der Direktvermarktung, sowie die Anpassung der Agrarförderung auf das Niveau der EG schon in Vorbereitung des EG-Beitritts sind ebenso notwendige Maßnahmen wie die Anpassung der österreichischen Marktordnung an die der EG mit ausreichenden Übergangszeiten und den erforderlichen flankierenden Maßnahmen. Die Möglichkeit spezifischer nationaler Förderungsmaßnahmen ist auch nach einem EG-Beitritt gegeben.

Europäischen Umweltschutz mitgestalten

Ein Beitritt Österreichs zur EG eröffnet die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an der Gestaltung einer europäischen Umweltpolitik. Umweltgefahren machen vor Grenzen nicht halt, koordinierte Maßnahmen sind deshalb vor allen im Bereich der Luftreinhaltung, der Abfallwirtschaft, des Bodenschutzes und der Wasserreinhaltung notwendig.

Österreich ist in einigen Bereichen des Umweltschutzes europaweit führend, in anderen Bereichen erfüllt Österreich bereits jetzt die EG-Standards. Strengere Grenzwerte als in der EG bestehen bei bestimmten Emissionen. Derartige umweltpolitisch begründete Sonderregelungen bleiben in der EG zulässig.

Angleichungen in anderen Bereichen wie etwa beim Gewässerschutz sind ohne Schwierigkeiten möglich. Die Verordnungen zum Chemikaliengesetz und die gesetzliche Regelung der Umweltverträglichkeitsprüfung, an der bereits gearbeitet wird, nehmen Rücksicht auf die bestehenden EG-Richtlinien. Im Bereich der Abfallwirtschaft besteht sowohl in Österreich als auch in der EG ein Nachholbedarf.

Im Bereich des Konsumentenschutzes sind die österreichischen Vorschriften im allgemeinen besser als die entsprechenden EG-Standards. Im Bereich der Produkthaftung bestehen keine Anpassungsprobleme.

Die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt kann nicht nur eine Verbesserung der Umweltsituation bewirken, sondern eröffnet der österreichischen Wirtschaft auch neue Chancen als Anbieter von Umweltschutzgütern. Der Export in den EG-Raum wird wesentlich erleichtert. Gleichzeitig werden neue, saubere Technologien in Österreich schneller zum Einsatz gelangen.

Bildungsoffensive

Die Qualität des österreichischen Bildungswesens wird von entscheidender Bedeutung dafür sein, ob unsere Absolventen auf einem gemeinsamen europäischen Markt mit härterer Konkurrenz von Unternehmen, Freiberuflern und auch Arbeitskräften bestehen können. Die Voraussetzungen für diverse Berufsberechtigungen müssen gesichert werden. Die EG setzt sich keine Vereinheitlichung von

Bildungssystemen zum Ziel.

Mehr Mobilität der Absolventen durch eine geänderte Mentalität, aber auch durch eine gediegene Allgemeinbildung, eine sichere Beherrschung der Kulturtechniken und die verstärkte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen ist anzustreben. Eine Fremdsprachenoffensive in unseren Schulen, etwa durch obligatorische Austauschprogramme mit ausländischen Schulen oder durch fremdsprachigen Unterricht, ist unausweichlich.

Im universitären Bereich muß das Hauptaugenmerk auf Qualitätserhöhung und die Straffung von Studien im Hinblick auf eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit auf dem gemeinsamen europäischen Markt gerichtet werden.

Österreich muß sich schon in der Vorbereitung auf das Europa der Zukunft auch um die Teilnahme an Studienaustauschprogrammen (z.B. ERASMUS) und kooperativen Weiterbildungsprogrammen (z.B. COMETT) bemühen, die derzeit Nicht-EG-Mitgliedern verschlossen sind.

Internationalisierung der Forschung

Wenn es eine Welt gibt, die keine Grenzen verträgt, ist es die Welt der Forschung.

Die EG hat sich zum Ziel gesetzt, ein Europa der "Forscher" zu werden. Den Rückstand aufzuholen, den Österreich im Bereich von Forschung und Entwicklung hat, ist zweifelsohne einer der wichtigsten Schritte in der Vorbereitung Österreichs auf das Europa des Gemeinsamen Marktes.

An den Universitäten sind den internationalen Maßstäben entsprechende Voraussetzungen für die Forschung zu schaffen. Die Mentalität in den österreichischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen muß sich hin zu einer erhöhten Bereitschaft entwickeln, an internationalen Kooperationen teilzunehmen. Mehr Konsequenz und Entschlossenheit bei der Realisierung dieser Ziele muß Hand in Hand gehen mit der Bereitschaft aller Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik, Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten verstärkt zu unterstützen und zu intensivieren. Forschung ist auch eine Frage des Klimas: Spitzenleistungen, Kreativität und Innovation müssen öffentliche Weitschätzungen erfahren.

Da Österreich als Nicht-EG-Mitglied der Zutritt zu manchen EG-Forschungsprogrammen verwehrt ist (z. B. ESPRIT), ist ein rascher Beitritt notwendig, um die Möglichkeit zu eröffnen, unsere technologische Basis und damit die Chancen für unsere Wirtschaftsentwicklung zu verbessern.

Kulturelle Öffnung fördern

Ein großer Außenmarkt wird zu einem Binnenmarkt Dies gilt auch für den Bereich der Kultur. Für österreichische Kunstwerke und kunstintensive Produkte fallen Barrieren. Für österreichische Künstler öffnet sich das Europa der Berufe- und Niederlassungsfreiheit.

Andererseits öffnet sich der österreichische Markt auch im Bereich der Kunst. Mehr Wettbewerb wird entstehen. Es ist zu hoffen, daß der Liberalisierungsschub darüberhinaus generell zu mehr Offenheit und Aufgeschlossenheit führt. Er könnte auch die Liberalisierung im Bereich österreichischer elektronischer Medien erleichtern.

Der Ruf, den Österreich als herausragendes Kulturland genießt, kann einen nicht zu unterschätzenden Beitrag bei der Entscheidungsfindung der europäischen Gemeinschaft über einen österreichischen Beitrittsantrag leisten. Österreich wird gut beraten sein, diesen Ruf durch geeignete Maßnahmen, wie es die Europalia war, zu kräftigen und weiter zu fördern.

Resümee

Die Europapolitik Österreichs entscheidet über die Zukunft unseres Landes und künftiger Generationen. Die

Gemeinschaft verändert die europäische Landschaft. Der EG-Kern bildet ein enormes Kraftfeld für alle Nachbarn und Partner. Österreichs geopolitische Lage inmitten dieser dynamischen Ländergemeinschaft von 320 Millionen Europäern zwingt Österreich zur Klärung der Frage, ob es an dieser Wirtschafts-, Kultur- und geistigen Einheit teilnehmen oder abseits stehen will.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen innerhalb der EG-Kommission der ÖVP ergeben bei Abwägung der Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft, dem Pro und Kontra einer Integration, eine eindeutige Empfehlung: der Verbleib außerhalb der Gemeinschaft — eine Defensivstrategie — führt zu abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, höherer Arbeitslosigkeit, wachsenden Defiziten in den Leistungs- und Zahlungsbilanzen, einer Verlangsamung der technischen Innovation und zu sozialen Spannungen. Eine Abkoppelung vom Liberalisierungsschub innerhalb der EG würde für Österreich Stagnation und Rezession bedeuten. Exportorientierte, kapitalkräftige österreichische Unternehmen wären gezwungen, Fertigungsstätten im EG-Raum zu errichten, um diesen lebenswichtigen Markt zu sichern. Ein Verlust von Arbeitsplätzen wäre die Folge.

Das klare Bekenntnis des Beitritts willens — eine Offensivstrategie — bedeutet die Herausforderung Österreichs zur Mobilisierung aller Kräfte, insbesondere aller geistigen Ressourcen und würde zu einem ähnlichen wirtschaftspolitischen Impuls führen, wie ihn demokratiepolitisch der Staatsvertrag 1955 erbrachte: einen Dynamisierungsschub für die unerlässlich notwendigen Strukturreformen in wichtigen Wirtschaftsbereichen.

Wir wissen, daß der Eintritt in den großen europäischen Binnenmarkt, der spätestens Mitte der 90er Jahre Realität sein dürfte, nicht nur Vorteile, sondern auch enorme Probleme bringen wird. Weder Euphorie noch Hysterie darf unsere Haltung bestimmen, sondern nüchterner Realitätssinn.

Je eher die EG-Entscheidung Österreichs getroffen wird, umso früher tritt der Motivationsschub ein. Aus dieser Perspektive schlägt die Österreichische Volkspartei als Zeithorizont vor, daß noch im nächsten Jahr eine Entscheidung der Bundesregierung für den Antrag auf Beitritt zur EG sowie die raschest-mögliche Erteilung eines Verhandlungsmandates erfolgt.

Österreich ist vitaler und tüchtiger, als es oft dargestellt wird. Es gilt, das österreichische Selbstbewußtsein zu wecken, die Vision der großen europäischen Vielfalt in der Einheit bei unseren Bürgern zu verankern! Wir gehen nicht nach Europa, wir waren immer Europa!

Erkennen wir die historische Gunst der Stunde, die Herausforderung der österreichischen Zukunft, stimmen wir weder Klagelieder noch Jubelchöre an. Nicht Angst, sondern Mut, nicht Pessimismus, sondern Optimismus müssen unsere Haltung bestimmen. Mut war schon immer das Geheimnis des Erfolges.